

RATS-INFO

Ausgabe November 2008

Rede von Oliver Förste zu den Gaspreisen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

Die Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis ist Tatsache, auch wenn sie ökonomisch eigentlich längst überholt ist. Dagegen sind wir hier in der Ratsversammlung allerdings machtlos. Also erhöhen auch die Stadtwerke Hannover nach jeder markanten Ölpreiserhöhung die Gaspreise. Das ist wohl richtig, aber warum senken sie die Preise nicht, wenn der Ölpreis wieder fällt?

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat vor drei Tagen die deutschen Gasversorger aufgefordert, die Preise noch vor dem Winter zu senken. Sonst entstehe der Eindruck, dass die Preise über den Winter hochgehalten werden sollen.

Unternehmen außerhalb Hannovers, wie die Südwest-Energie-Versorger EnBW und MVV senken ihre Gaspreise zum 1. Januar. Zum Jahresbeginn sinken auch die Gaspreise in Lehrte und Garbsen. Die Stadtwerke aber, zu 75 Prozent im Besitz der Stadt, und die hier im Rat vertretenen Aufsichtsräte weigern sich einfach nachzuziehen, die CDU einmal ausgenommen. Also bezahlen in Hannover, anders als anderswo, die treuen Kunden

der Stadtwerke die Zeche für schwankende Ölpreise.

Meine Damen und Herren, ich bezahle tatsächlich gerne etwas mehr für das Gas, um es im Winter warm zu haben und mir meinen Tee zu kochen. Aber nicht, um damit den städtischen Haushalt zu sanieren oder ein Büro des Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtwerke und gleichzeitig Vorsitzenden des SPD-Stadtverbandes, Walter Meinhold, zu finanzieren.

Nein, aber ich würde schon einen höheren Gaspreis bezahlen, damit die Armen und Bedürftigen in dieser Stadt – und dazu gehören viele Tausend Kinder – sich im Winter auch eine warme Wohnung und ein warmes Essen leisten können. Unseren Antrag für die Einführung von Sozialtarifen beim Bezug von Strom und Gas haben sie in diesem Haus aber abgelehnt.

Abgelehnt haben Sie auch unseren Antrag gegen Stromsperrungen durch die Stadtwerke. Anlass für diesen Antrag war ein Fall, dass einer jungen Mutter der Strom gesperrt wurde, obwohl sie auf ein lebensnotwendiges elektronisches Inhaliergerät gegen Asthmaanfälle angewiesen war. Immerhin

stellen sie jetzt, ein halbes Jahr später, selber einen Antrag zur Vermeidung sozialer Härten, nachdem ein 80-jähriger Rentner sich über eine Stromsperrung so aufregte, dass er einen Schlaganfall bekam.

Es freut uns natürlich auch im Interesse der betroffenen Menschen, dass auch Rot-Grün jetzt endlich – wenn auch nur mit dem Antrag zur Bildung einer Arbeitsgruppe – reagiert und die soziale Verantwortung der Stadt wahrnimmt. Aber das heißt auch: Sie brauchen weiter Druck von links, damit überhaupt etwas passiert! Denn meine Damen und Herren von Rot-Grün in den Aufsichtsräten – und nicht nur dort – sie sind inzwischen weit weg von den Menschen und ihren Problemen, nicht nur in dieser Frage – und das werden Sie bei den nächsten Wahlen merken!

DIE LINKE hat zu den anstehenden Haushaltsberatungen einen Antrag zur Einführung eines Sozialpasses für Arbeitslose und Geringverdiener eingereicht. Darin fordern wir erneut Sozialtarife für Strom und Gas. Wir werden sehen, wie Sie sich dazu verhalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Oliver Förste



**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

wie immer informieren wir Sie mit dem aktuellen Ratsinfo über die Arbeit der LINKEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover. Zur Ratssitzung am 13. November 2008 hatte unsere Fraktion eine Aktuelle Stunde zum Thema „Preispolitik und soziale Verantwortung der Stadtwerke AG“ beantragt. In dieser Ausgabe können sie die Reden der linken Ratsherren dazu lesen.

Viel Spaß dabei!

Michael Höntsch

Rede von Michael Höntsch zu Stromsperrungen

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Vielleicht gibt es ja einige unter Ihnen, die sich über die heutige aktuelle Stunde ärgern, ich hoffe nicht. Das Thema ist aktuell und es sieht so aus, dass dies leider auch so bleibt. Die Beantragung dieser aktuellen Stunde hat auch nichts mit Populismus zu tun. Jede Partei hat ja ganz offensichtlich ihre ureigene Klientel und es sind gerade Menschen/Kunden von enercity, die sich zunehmend an meine Fraktion wenden.

Ich bin deshalb heute auch brandaktuell. Vor ein paar Tagen war Herr Verzweifelt bei mir. Ich nenne ihn einfach mal so, der Name passt.

Herr Verzweifelt erhielt am 07.11. einen Brief unseres kommunalen Energieversorgers. Offene Punkte:

Abschlag Strom: 27.09.08	63,34 €
Mahnkosten: 07.10.08	4,50 €
Abschlag Strom: 27.10.08	63,34 €
Mahnkosten: 27.10.08	4,50 €
Summe:	137,34 €

Die Ausgleichung der Zahlung sollte bis zum 16.11. erfolgen verbunden mit dem Hinweis, dass nach einer Frist von 4 Wochen der Strom abgeschaltet wird. So weit so gut.

Der Strom wurde Herrn Verzweifelt am 7.11. abgeschaltet. Aus der mir vorliegenden Kostenaufstellung der Stadtwerke geht hervor, dass er am 6.11. und dann ab 7.11. seinen Rückstand bezahlt hatte.

Wir haben diesen armen Mann unterstützt und für ihn bei enercity angerufen. Dort erklärten wir, dass er doch nun im Guthaben sei, da er alles mit Mahngebühren bezahlt habe. Nun hieß es, da sei nichts zu machen, schließlich seien durch die Abschaltung zusätzliche Kosten in Höhe von 100 Euro entstanden, die erst beglichen werden müssten. Kein Bedauern oder eine Erklärung darüber, dass die selbst mitgeteilten Fristen zur Stromabschaltung nicht eingehalten worden waren.

Und nun kommt das Positive an der Geschichte. Es bedurfte eines Anrufs im Vorzimmer des Vorstandsvorsitzenden Michael Feist, und 30 Minuten später kam der Rückruf, der Strom würde selbstverständlich wieder frei geschaltet.

Warum erzähle ich ihnen das alles? In den Verlautbarungen aus der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat ist immer wieder zu lesen, dass enercity bei diesen Dingen behutsam ist, sozusagen sozial vorgeht und auch Härten berücksichtigt. Ich sage ihnen ganz deutlich, auch abgesehen von dem jüngsten Vorfall mit einem Rentnerehepaar, Herr Verzweifelt ist nicht allein. Viele Betroffene in Hannover haben aber erst gar nicht den Mut und die

Kraft sich zu beschweren, sie bleiben ungenannt, kommen nicht in die Zeitung, sie fallen durch den Rost.

Unsere Stadtwerke sind ein kommunales Unternehmen. Wir hören immer, dieses Unternehmen muss wirtschaftlich arbeiten, es sei nicht seine Aufgabe, Sozialpolitik zu betreiben. Nun möchte ich in aller Deutlichkeit fragen, sind sie tatsächlich der Auffassung, dass die Stadtwerke insgesamt unwirtschaftlich arbeiten, wenn sie mit Hartz IV Beziehern sozial umgehen und beispielsweise Sozialtarife einführen?

Warmes Wasser, Energie zum Heizen und Strom gehören zu einem menschenwürdigen Leben. Und es ist beileibe kein Populismus, meine Damen und Herren, die sie ihre Vertreter dort im Aufsichtsrat haben, wenn ich an dieser Stelle sage, sie beschädigen die Würde dieser Menschen.

„Woran liegt es denn eigentlich, dass wir immer noch keine Sozialtarife bei den Energieversorgern haben?“ Eine berechnete Frage und vielleicht erstaunt es sie: Ich habe soeben den Bundesumweltminister Siegmund Gabriel zitiert, der diese Tarife schon in einer

Erklärung im Bundestag Anfang des Jahres gefordert hat.

Denken sie mal darüber nach, woran es liegt. Ich vermute stark es liegt am fehlenden politischen Willen, denn die Möglichkeit dazu hätten sie.

Angesichts der Finanzkrise erklärt unser Oberbürgermeister, dass auf die Hannoveraner Zumutungen zukommen werden, und dass manch lieb gewonnenes verloren gehen kann.

Mag sein, ums sparen kommt unsere Stadt nicht herum, aber gerade deshalb muss ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Hartz IV-Beziehern und Empfängern von Transferleistungen wird genug zugemutet. Ein demokratisches Gemeinwesen lebt nicht zuletzt auch von der Solidarität mit den Schwachen in der Gesellschaft.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Michael Höntsch

Cross-Border-Leasing bei üstra und Deutsche Messe AG

Die Anfrage der LINKEN, ob die Stadt in den vergangenen Jahren Verträge mit Cross-Border-Leasing-Partnern abgeschlossen habe, beantwortete Kämmerer Marc Hansmann (SPD) mit einem eindeutigen Nein. Auf die Nachfrage, ob das auch für die Beteiligungsgesellschaften der Stadt gelte, musste er jedoch einräumen, dass die üstra und die Deutsche Messe AG sehr wohl Cross-Border-Leasing-Verträge abgeschlossen haben. Weitere Auskünfte dazu könne er nicht geben, da dies dem Geschäftsgeheimnis der Firmen unterläge.